

„Mit dem Online-Verfahren bleibt das Geschmäcke“

Einwände Erörterungstermin zum Steinbruch Bölgental findet nur digital statt. Dies wird in Satteldorf bedauert.



Viele Wanderwege führen an der Jagst entlang. Dass der geplante Steinbruch in Bölgental die Idylle trübt, ist Inhalt mancher Einwände.

Foto privat

Satteldorf. Mit dem jetzt vorgesehenen Verfahren einer Online-Anhörung sind weder die Bürgerinitiative „Steinbruch Bölgental – Nein Danke!“ noch Satteldorfs Bürgermeister Kurt Wackler einverstanden. Denn dass die über 700 Einwendungen von betroffenen Bürgerinnen und Bürgern gegen den Steinbruch in Bölgental nicht im direkten Kontakt abgehandelt werden sollen, sei bedauerlich und weder transparent, noch der Tragweite der Entscheidung angemessen, schreiben Bürgermeister und Bürgerinitiative in ihren Stellungnahmen zum Verfahren.

Sie finden ähnliche Worte. Bürgermeister Kurt Wackler: „Mit dem Online-Verfahren bleibt das ‚Geschmäcke‘, dass die Dinge hinter verschlossenen Türen entschieden werden. Dieser Eindruck darf gar nicht entstehen, daran müsste es auch dem Landratsamt als Entscheidungsbehörde gelegen sein.“

Und die Bürgerinitiative: „Durch die Wahl des Verfahrens bleibt nach unserer Auffassung ein ‚Gschmäcke‘ zurück!“ Und weiter heißt es wortwörtlich: „Für viele Mitbürger- / innen stellt die Teilnahme an einer Onlinekonsultation eine erhebliche Hürde dar – sei es durch fehlende Technik,

wie beispielsweise einem limitierten Internetzugang oder einfach durch das Fehlen der notwendigen Kenntnisse.“

Der Sachstand: Gerade entscheidet das Landratsamt darüber, ob bei Bölgental ein Steinbruch eingerichtet werden darf. Das Verfahren geht seinen vorgesehenen bürokratischen Gang. Über Weihnachten lagen die Planunterlagen öffentlich aus, über 700 Einwendungen von Betroffenen sind mittlerweile beim Landratsamt angekommen. Der nächste Schritt ist nun eine Erörterung dieser Einwände. Doch eine Veranstaltung mit persönlicher Anwesenheit geht gerade nicht, meinte das Landratsamt und setzte deshalb einen digitalen Termin an (*wir berichteten*). Der Grund, den das Landratsamt dafür auf Anfrage mitteilt: „Die Genehmigungsbehörden sind grundsätzlich gesetzlichen Verfahrensfristen unterworfen.“ Der Bundesgesetzgeber habe die rechtlichen Möglichkeiten geschaffen, diese Termine auch online abzuhalten. Deshalb werde das nun gemacht. Der Termin werde zeitnah mitgeteilt.

Es wäre allerdings im Ermessen des Landratsamts gewesen, den Termin zu verschieben, schreibt die Bürgerinitiative, und auch Bürgermeister Wackler fordert einen späteren Präsenztermin. Doch das kommt für das Landratsamt nicht infrage, „weil aufgrund der Inzidenzen nicht abzusehen ist, wann ein etwaiger Ersatztermin realisierbar wäre“. Eine Präsenzveranstaltung sei unverantwortlich. Deshalb sei die Online-Anhörung derzeit „sicher die bürgerfreundlichste Möglichkeit der Bürgerbeteiligung“.

Die Bürgerinitiative bedauert dies: „Die Bürger müssen in einer derart brisanten Angelegenheit die Möglichkeit erhalten, ihre Fragen und Befürchtungen im Rahmen einer persönlichen Erörterung zu klären. Nur so kann auch die notwendige Akzeptanz für ein transparentes, offenes Verfahren ohne Bevorteilung der einen oder anderen Seite erzielt werden.“ Auch Bürgermeister Wackler bedauert, dass die vielen betroffenen Bürgerinnen und Bürger mit ihren Einwendungen im Erörterungsprozess so nicht genügend wahrgenommen werden. Ute Schäfer